

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 1

Artikel: Von Vietnam bis Kuba : "Erneuerung"
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093965>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

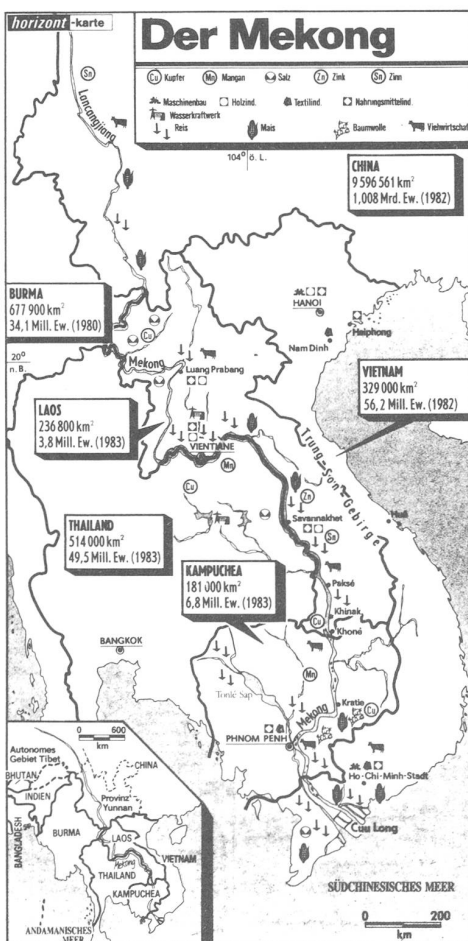
Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von Vietnam bis Kuba: «Erneuerung»

Das Moskauer Stichwort der «Erneuerung» (worunter auch in der KPdSU-Führung offenbar nicht alle Leute das gleiche verstehen) ist zur Parole auch in zwei «Aussenposten» des Sowjetlagers geworden, in Vietnam und in Kuba. In beiden «blockfrei» mit der UdSSR verbündeten Staaten haben Parteikongresse

stattgefunden, die aufhorchen liessen. Was die Sowjets als Ton angeschlagen haben, das hat in Hanoi und Havanna eingeschlagen, und zwar zunächst so, dass sich die jeweiligen Parteiführungen zur Kritik an ihrer eigenen Tätigkeit veranlasst sahen, in einer erstaunlichen Art und Weise.



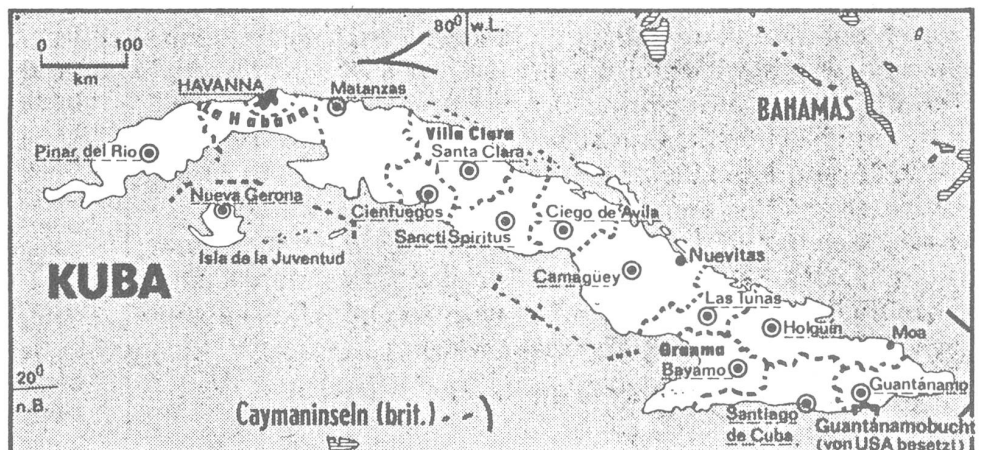
Dass der Impuls tatsächlich von Moskau ausging, ist soweit eine Behauptung, keine sehr gewagte zwar, aber eine Behauptung doch, denn die beiden Bruderparteien sind nominell selbstständig. Immerhin ist in einem Punkt diesmal die Angleichung offiziell so gut wie bestätigt worden: Es geht um Vietnam und seine Aussenpolitik.

Vietnam und «seine» Aussenpolitik

Vietnam hatte in den letzten Jahren mit China immer Krach und manchmal Krieg. Nun macht es ein feierliches Versöhnungsangebot. Interessant präsentiert.

Der relevante Passus hört so auf: «Wir erklären erneut und feierlich: Vietnam ist zu jeder Zeit, an jedem Ort und auf jeder Ebene bereit, mit China zu verhandeln, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu normalisieren. Damit lässt sich auch die Regelung der sogenannten Kambodscha-Frage gewährleisten, im Interesse beider Länder (Vietnam und China) und im Zeichen der Freundschaft zwischen China und den drei Ländern (Vietnam, Laos und Kambodscha) Indochinas.»

Eine historische aussenpolitische Initiative Vietnams? Ja, wenn der fragliche Passus anders beginnen würde als so: «Wir unterstützen die



Wirtschaftskarte Indochinas und Karte Kubas. Beide Reproduktionen aus «horizont», Ostberlin.

Linie der UdSSR zur Verbesserung der Kontakte mit China.»

Womit die ganze Feierlichkeit zur Nachziehung der sowjetischen Linienzeichnung degradiert ist. «Ich schliesse mich der Meinung meines Vorredners an», sagt man, nachdem der Chef gesprochen hat.

Es bleibt die Frage, warum die Vietnamesen ihre Gefolgschaft haben sichtbar werden lassen. Kaum auf Wunsch des Kremls. Dieser legt normalerweise Wert darauf, die Bruderparteien als gleichwertige Partner zu präsentieren, solange sie nur wissen, dass sie es nicht sind. Also wird es eher der Wunsch Vietnams gewesen sein, durch die Blume zu sagen, dass die Verantwortung für diese Initiative woanders liegt...

Der Fall Kambodscha (Kampuchea), auf den hier Bezug genommen wurde, ist auch für sich genommen interessant. In Kambodscha stehen einander vietnamesische Truppen und chinesisch unterstützte Aufständische gegenüber. Auch dort ist politisch etwas im Tun. Dazu heisst es im vietnamesischen ZK-Bericht: «Wir unterstützen vollumfänglich den Standpunkt der Volksrepublik Kambodscha, laut welchem sie bereit ist, mit oppositionellen Gruppen und Persönlichkeiten zu verhandeln, im Interesse der nationalen Befriedung und der Liquidierung der volksfeindlichen Verbrecherclique. Wir setzen den Abzug der vietnamesischen Freiwilligen aus Kambodscha fort, und gleichzeitig sind wir mit allen Parteien zu Verhandlungen bereit, um mit einer gerechten politischen Lösung die Lage in Kambodscha zu bereinigen.»

Das heisst im Klartext: Burgfrieden mit der politischen Opposition bis zur Liquidierung der Guerillas. (Danach kann man die politischen Opponenten immer noch liquidieren, schmerzlos.) Immerhin sieht man, dass die schiere Ok-

kupationsstrategie nicht zum gewünschten Ergebnis geführt hat.

Was man «neu» nennt

Die aussenpolitische Strategie gehört zweifellos mit zur erweiterten Thematik der Erneuerung, aber zentral ist da die Innenpolitik. Und hierzu gab es Ungewöhnliches zu hören. Nicht so sehr wegen der interpretierbaren Erneuerung selbst als wegen der krassen Schilderung der diversen Zustände, die sie anscheinend nötig machen.

Die Erneuerung wird als auszuarbeitendes Übergangsprogramm vorgestellt, das von der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung bis zur Festigung der Landesverteidigung reicht und heterogene Elemente umfasst. Als neue Orientierung oder neue Akzentsetzung sind erkennbar:

- Man will die Konsumbedürfnisse besser (oder endlich überhaupt) berücksichtigen und die Produktion entsprechend ausrichten.
- Man will Wirtschaftsstrukturen schaffen, die vorrangig auf Effizienz und Exportförderung ausgerichtet sind. Man will den privaten Sektor nutzen (die Überführung in den staatlichen Sektor bleibt Ziel, wird aber verschoben).
- Man will «positive gesellschaftliche Veränderungen» mittels «Vertiefung von Legalität und Demokratie» herbeiführen.

Es kommt natürlich darauf an, was hier unter Demokratie und Legalität zu verstehen ist. Aber wenn das als gesellschaftliche Veränderung überhaupt plausibel werden soll, müsste es logischerweise etwas anderes sein als das, was man schon bisher unter Demokratievertiefung verstanden hat.

Millionen Arbeitslose

Wie gesagt: Es ist die Schilderung des bisherigen Zustandes, der auffällt. Mit der Produktivität sei es rückwärts statt vorwärts gegangen, und die Betriebe arbeiteten zur Hälfte ihrer Kapazität. Schlimm genug, aber noch gar nichts im Vergleich zur folgenden Feststellung: «Viele Millionen Menschen sind teilweise oder gänzlich arbeitslos.» Das von der Führung eines kommunistisch geführten Staates! Also: Es geht schlecht.

Aber warum? Kambodscha kommt als Begründung ganz am Rande auch vor, aber ohne Namensnennung und nur als erschwerender Umstand: Das niedrige Wirtschaftsniveau werde durch den «langen Krieg» noch tiefer gedrückt.

Schuld sind wir Parteichefs

Als Hauptgrund aber wird die Tatsache genannt, dass die Partei in ihrer Führungsrolle versagt habe. Und: «In erster Linie verantwortlich sind das Zentralkomitee, das Politbüro und die Regierung.» Diese massgeblichen Gremien hätten nämlich «die notwendige Erneuerung hinausgeschoben», und damit sei die Partei den Anforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen gewesen. «Wir haben die uns gestellten Aufgaben nicht erfüllt.»

Sonst sind an den bisherigen Übeln immer nur die *bisherigen* Verantwortlichen schuld. Aber diesmal sind es die heutigen.

Indessen gab es auch Erfolge, und zwar «in der volksumfassenden Landesverteidigung und ihrer Koordinierung mit der Aufbauarbeit» (Militärs plus Wehrbauern in Kambodscha?). Aber dieser Erfolg ist auch nicht der vietnamesischen Führung zugute zu halten, sondern einerseits «dem Mut und dem Fleiss des vietnamesischen Volkes» und andererseits «der solidarischen Hilfe der sozialistischen Bruderländer und vor allem der UdSSR».

Vielleicht sind die höchsten vietnamesischen Parteiführer doch nicht die höchsten Verantwortlichen für das Land...

Wer deckt den Schaden?

12. Mai 1986 im Restaurant DuPont in Zürich: Die Vereinigung Demokratisches Nicaragua stellt der schweizerischen Presse vier Oppositionspolitiker vor. Doch plötzlich schlagen Schweizer Sandinistenfreunde zu. Wir zitieren die Berner Tageszeitung «Der Bund» vom 13. 5. 1986:

«Die Pressekonferenz begann mit einem Eklat. Vermummte Gestalten stürmten in den Raum. Ihr Ziel war es, die Veranstaltung zu sprengen, denn der sandinistischen Haltung gemäss darf mit den Contras kein Dialog geführt werden. Folglich sollen diese auch nicht von den Schweizern angehört werden; eine ausgewogene Berichterstattung sei ohnehin nicht möglich, erklären die Eindringlinge. Offensichtlich stand das Zürcher Zentralamerika-Sekretariat, das dabei sein Material verteilte, hinter der Störaktion. Diese Sandinistenfreunde unterstrichen damit beispielhaft die Vorwürfe punkto Verletzung der Meinungsfreiheit und der Menschenrechte, die gegen das Regime in Managua erhoben werden. Die Annahme liegt nahe, dass deren Zentralamerika-Informationen ebenso zum Himmel stinken wie die faulen Eier, die am Ende gegen die nicaraguanischen Gäste flogen.»

Bei dieser «Aktion» entstand ein Sachschaden von rund Fr. 8000.—, den unsere Vereinigung bezahlen muss. Durch diesen Aufruf bitten wir Sie, uns zu unterstützen, und danken herzlich für die bereits eingegangenen Spenden.

Vereinigung Demokratisches Nicaragua PC 80-7571-1

Kuba und die Dachsäden

Kurz vor dem Parteikongress in Hanoi hatte auch in Havanna ein Parteitag stattgefunden, und auch dort ging es um einen «neuen Kurs» oder, bei genauer Betrachtung, eher um die negativen Folgen seines bisherigen Ausbleibens.

Zwar ging Fidel Castro mit persönlicher Schuldübernahme nicht so weit wie sein Kollege Truong Chinh (der vietnamesische Partei- und Staatschef), aber auch er diagnostizierte eine schlechte Wirtschaftslage und eine landeseigene Verursachung. Zum Beispiel ein überblähter Beamtenapparat, «unerfüllbare Anwei-



Fidel Castro, der Vater einer Nation, die sich sicher zu regenerieren wüsste, wenn man sie nur machen liesse.



sungen der Zentrale», die Unfähigkeit «führen- der Funktionäre, die ausserstande sind, einen neuen Kurs zu führen».

Castro nannte auch Ursachen, die der kubanischen Führung nicht anzulasten sind: zum Beispiel die Dürre und den Rückgang des Dollarkurses. Dieser trifft Kuba aus einem besonderen Grund. Ein grosser Teil der kubanischen Exporterlöse (vorletztes Jahr 40 %) stammt aus dem Weiterverkauf von sowjetisch geliefertem Erdöl auf den internationalen Märkten.

Ferner nannte Castro eine Ursache, die den Kubanern nur bedingt anzulasten ist: die hohen Militärausgaben wirkten sich negativ auf das Wirtschaftsleben aus. Und: «Zum Glück stellt uns die UdSSR die zur Verteidigung notwendigen Waffen unentgeltlich zur Verfügung.» Tatsächlich erbringt die kubanische «Landesverteidigung» ihre Gegendienste in anderer Form. Kubanische Einheiten führen Krieg in weit entfernten Ländern (zum Beispiel in Afrika) gemäss den Interessen der sowjetischen Machtpolitik.

Bei alledem ist nicht zu vergessen, dass es die Bevölkerung ist, welche die Folgen schlechten

Wirtschaftens zu tragen hat, auch die Folgen desinteressierter Planerfüllung, wie sie für kommunistisch geführte Länder systemtypisch ist. Zum Beispiel, wenn die Qualität von Neubauten so ist, dass der Regen durchs Dach dringt; ein von Castro angeführtes Beispiel.

Im übrigen kamen auch sonstige «negative Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklungen» zur Behandlung: steigende Kriminalität, nachlassende Arbeitsdisziplin, Verschwendung. Und Castro sprach noch von «unbegründeten Arbeitsnormen», die «in den letzten Monaten stark kritisiert» worden seien. Anscheinend also ein Motiv akuter Unzufriedenheit auf Kuba. Willkürlich erlassene Arbeitsnormen haben in Osteuropa schon zum Ausbruch von schweren Unruhen geführt (Polen 1970).

Amüsant zu beobachten sind übrigens die Nuancen, mit denen man in Osteuropa über den kubanischen Parteikongress berichtet hat. «Beschleunigung des revolutionären Prozesses in Kuba» titelte man in der CSSR und betonte damit die Kontinuität. «Kuba – Kritik und Möglichkeiten der Erneuerung» titelte man in

Ungarn und betonte damit die Diskontinuität. Was auch die jeweilige Einstellung zum sowjetisch inspirierten Erneuerungsprozess ganz hübsch widerspiegelt. Der «neue Kurs» von Gorbatschow wird nicht nur von Kremlologen unterschiedlich interpretiert. *Christian Brügger*

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616-5

Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland

Jahresabonnement Fr. 48.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.–
Einzelnummer Fr. 2.50

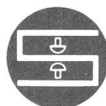
Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.–/DM 64.–/
Luftpost sFr. 58.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 33.–/DM 40.–
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.–

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's